
Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Bearbeiterverzeichnis	XVII
Autorenverzeichnis	XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Europäische Rechtsakte und Publikationen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde	XXXVII
Teil I SAG (Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen – Sanierungs- und Abwicklungsgesetz)	1
Teil II Europäische Bankenunion	565
Stichwortverzeichnis	601

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Bearbeiterverzeichnis	XVII
Autorenverzeichnis	XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Europäische Rechtsakte und Publikationen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde	XXXVII

Teil I: SAG (Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen – Sanierungs- und Abwicklungsgesetz)

Teil 1 Allgemeine Vorschriften

§ 1	Anwendungsbereich; Verhältnis zur SRM-Verordnung	3
§ 2	Begriffsbestimmungen	6
§ 3	Abwicklungsbehörde; Aufsichtsbehörde	25
§ 4	Vertraulichkeit von Informationen; personenbezogene Daten; Informationsansprüche	28
§ 5	Verschwiegenheitspflicht	30
§ 6	Zulässiger Informationsaustausch zwischen Behörden im Rahmen dieses Gesetzes	33
§ 7	Weitergabe von Informationen an sonstige Stellen	34
§ 8	Vertraulichkeit gegenüber Drittstaaten	36
§ 9	Vorabprüfung auf Vertraulichkeit bei sonstiger Weitergabe von Informationen	38
§ 10	Sonstige Vorschriften	39
§ 11	Zugang zu Informationen	40

Teil 2 Aufsichtsrechtliche Vorschriften und Anforderungen zur Vorbereitung der Sanierung und zur Frühintervention

Kapitel 1 Sanierungsplanung

§ 12	Sanierungsplanung	42
§ 13	Ausgestaltung von Sanierungsplänen	46
§ 14	Besondere Anforderungen an die Ausgestaltung von Gruppensanierungsplänen; Einzelsanierungsplan	83
§ 15	Prüfung und Bewertung von Sanierungsplänen	89
§ 16	Maßnahmen bei Mängeln von Sanierungsplänen	97
§ 17	Verfahren bei Gruppensanierungsplänen und Mängeln von Gruppensanierungsplänen, wenn die Aufsichtsbehörde zugleich konsolidierende Aufsichtsbehörde ist	103
§ 18	Verfahren bei Gruppensanierungsplänen und Mängeln von Gruppensanierungsplänen, wenn die Aufsichtsbehörde nicht konsolidierende Aufsichtsbehörde ist	108

§ 19	Vereinfachte Anforderungen	111
§ 20	Befreiung von Instituten, die institutsbezogenen Sicherungssystemen angehören	120
§ 21	Vertraulichkeitspflicht der Institute und gruppenangehörigen Unternehmen	128
§ 21a	Verordnungsermächtigung	130
Kapitel 2	Gruppeninterne finanzielle Unterstützung	
§ 22	Vereinbarung über gruppeninterne finanzielle Unterstützung	133
§ 23	Zulässigkeit und Inhalt einer Vereinbarung über gruppeninterne finanzielle Unterstützung	135
§ 24	Abtretungsverbot	138
§ 25	Genehmigungserfordernis	139
§ 26	Genehmigungsverfahren bei übergeordnetem Unternehmen mit Sitz im Inland	140
§ 27	Genehmigungsverfahren bei übergeordnetem Unternehmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat	142
§ 28	Weiterleitung an die Abwicklungsbehörde	143
§ 29	Einholung der Zustimmung der Anteilsinhaber; Berichtspflichten gegenüber den Anteilsinhabern	144
§ 30	Voraussetzungen für die Gewährung gruppeninterner finanzieller Unter- stützung; Verordnungsermächtigung	145
§ 31	Beschlüsse über Gewährung und Annahme einer finanziellen Unterstützung	148
§ 32	Anzeige der beabsichtigten Gewährung gruppeninterner finanzieller Unter- stützung	149
§ 33	Entscheidung der Aufsichtsbehörde über die Gewährung gruppeninterner finanzieller Unterstützung durch ein Unternehmen mit Sitz im Inland	150
§ 34	Beteiligung der Aufsichtsbehörde bei der Entscheidung über die Gewährung gruppeninterner finanzieller Unterstützung durch ein Unternehmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat	152
§ 35	Offenlegungspflichten	154
Kapitel 3	Frühzeitiges Eingreifen	
§ 36	Frühinterventionsmaßnahmen; Verordnungsermächtigung	157
§ 37	Abberufung der Geschäftsleitung	162
§ 38	Vorläufiger Verwalter	163
§ 39	Koordinierung der Frühinterventionsmaßnahmen und Bestellung eines vorläufigen Verwalters bei Gruppen	165
Teil 3	Abwicklungsrechtliche Vorschriften und Anforderungen zur Vorbereitung der Restrukturierung und Abwicklung	
Kapitel 1	Abwicklungsplanung	
§ 40	Erstellung und Aktualisierung von Abwicklungsplänen	168
§ 41	Vereinfachte Anforderungen; Verordnungsermächtigung	176
§ 42	Mitwirkung des Instituts; Verordnungsermächtigung	178
§ 43	Zentrale Verwahrung und Verwaltung von Finanzkontrakten	182

§ 44	Information der Abwicklungsbehörde über Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	186
§ 45	Mitwirkung Dritter; Verordnungsermächtigung	187
§ 46	Gruppenabwicklungspläne; Mitwirkung der EU-Mutterunternehmen und Dritter	189
§ 47	Verfahren für Gruppenabwicklungspläne, wenn die Abwicklungsbehörde die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde ist	194
§ 48	Verfahren für Gruppenabwicklungspläne, wenn die Abwicklungsbehörde nicht die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde ist	196
Kapitel 2	Anforderungen in Bezug auf berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, relevante Kapitalinstrumente und genehmigtes Kapital	
Abschnitt 1	Mindestbetrag berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten	
	<i>(Die §§ 49–56 SAG werden zusammengefasst kommentiert.)</i>	
§ 49	Institutspezifischer Mindestbetrag berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten	198
§ 50	Mindestbetrag berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten auf konsolidierter Basis	198
§ 51	Mindestbetrag berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten für Tochterunternehmen auf Einzelbasis	198
§ 52	Absehen vom Mindestbetrag berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten ...	198
§ 53	Einhaltung des Mindestbetrags berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten durch vertragliche Instrumente	198
§ 54	Überprüfung des Einhaltens des Mindestbetrags berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten	198
§ 55	Vertragliche Anerkennung des Instruments der Gläubigerbeteiligung und des Instruments der Beteiligung der Inhaber relevanter Kapitalinstrumente in Drittstaaten	198
Abschnitt 2	Genehmigtes Kapital und andere Instrumente harten Kernkapitals	
§ 56	Beseitigung der verfahrenstechnischen Hindernisse für das Instrument der Gläubigerbeteiligung	198
Kapitel 3	Abwicklungsfähigkeit	
§ 57	Bewertung der Abwicklungsfähigkeit von Instituten	229
§ 58	Bewertung der Abwicklungsfähigkeit von Gruppen	237
§ 59	Abbau und Beseitigung von Abwicklungshindernissen bei Instituten; Verordnungsermächtigung	240
§ 60	Abbau und Beseitigung von Abwicklungshindernissen bei Gruppen	251
§ 60a	Vertragliche Anerkennung der vorübergehenden Aussetzung von Beendigungsrechten	256
Kapitel 4	Gründung von Brückeninstituten und Vermögensverwaltungsgesellschaften	
§ 61	Gründung von Brückeninstituten und Vermögensverwaltungsgesellschaften	259

Teil 4	Abwicklung	
Kapitel 1	Abwicklungsbefugnis, Voraussetzungen und weitere Befugnisse	
§ 62	Abwicklungsvoraussetzungen in Bezug auf Institute	260
§ 63	Bestandsgefährdung; Verordnungsermächtigung	264
§ 64	Abwicklungsvoraussetzungen in Bezug auf Finanzinstitute und Holding- gesellschaften	271
§ 65	Voraussetzungen für die Anwendung des Instruments der Beteiligung der Inhaber relevanter Kapitalinstrumente	273
§ 66	Feststellung der Voraussetzungen für die Anwendung des Instruments der Beteiligung der Inhaber relevanter Kapitalinstrumente bei gruppen- angehörigen Unternehmen	275
§ 67	Abwicklungsziele	278
§ 68	Allgemeine Grundsätze für eine Abwicklung	282
§ 69	Bewertung; gerichtliche Überprüfung	285
§ 70	Sachverständiger Prüfer	287
§ 71	Zwecke der Bewertung	291
§ 72	Grundsätze der Bewertung	309
§ 73	Umfang der Bewertung; Prüfungsbericht und ergänzende Bestandteile	311
§ 74	Vorläufige Bewertung	315
§ 75	Abschließende Bewertung	319
§ 76	Verordnungsermächtigung	321
§ 77	Anordnung von Abwicklungsmaßnahmen	322
§ 78	Allgemeine Befugnisse der Abwicklungsbehörde; Prüfungen vor Ort	325
§ 79	Maßnahmen in Bezug auf die Übertragung auf einen übernehmenden Rechtsträger	328
§ 80	Bereitstellung von Diensten und Einrichtungen	333
§ 81	Befugnis in Bezug auf in Drittstaaten belegene Gegenstände	336
§ 82	Befugnis zur Aussetzung vertraglicher Pflichten	338
§ 83	Befugnis zur Beschränkung von Sicherungsrechten	340
§ 84	Befugnis zur vorübergehenden Aussetzung von Beendigungsrechten	342
§ 85	Streichung des Gesamtbetrags variabler Vergütungen und zurückbehaltener variabler Vergütungen	346
§ 86	Kontrollbefugnisse	348
§ 87	Sonderverwaltung; gemeinsamer Sonderverwalter für gruppenangehörige Unternehmen	350
§ 88	Rechte, Aufgaben und Befugnisse des Sonderverwalters	352
Kapitel 2	Abwicklungsinstrumente	
Abschnitt 1	Beteiligung der Anteilsinhaber und Gläubiger	
§ 89	Instrument der Beteiligung der Inhaber relevanter Kapitalinstrumente	355
§ 90	Instrument der Gläubigerbeteiligung	360
§ 91	Berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten	366
§ 92	Ausschluss der Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung im Einzelfall	371
§ 93	Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung in Bezug auf Verbind- lichkeiten aus Derivaten	377

§ 94	Ausgleichsbeiträge des Restrukturierungsfonds	381
§ 95	Zwecke des Instruments der Gläubigerbeteiligung	383
§ 96	Festlegung des Betrags der herabzuschreibenden oder umzuwandelnden relevanten Kapitalinstrumente und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten	385
§ 97	Haftungskaskade	389
§ 98	Umwandlungssatz; Verordnungsermächtigung	393
§ 99	Weitere Wirkungen der Anwendung des Instruments der Beteiligung der Inhaber relevanter Kapitalinstrumente und des Instruments der Gläubigerbeteiligung	395
§ 100	Behandlung der Anteilsinhaber und der Inhaber von Instrumenten des harten Kernkapitals bei der Anwendung des Instruments der Beteiligung der Inhaber relevanter Kapitalinstrumente und des Instruments der Gläubigerbeteiligung	399
§ 101	Abwicklungsbefugnisse bei Anwendung des Instruments der Beteiligung der Inhaber relevanter Kapitalinstrumente und des Instruments der Gläubigerbeteiligung	402
§ 102	Erfordernis der Erstellung eines Restrukturierungsplans	403
§ 103	Anforderungen an den Restrukturierungsplan	405
§ 104	Bewertung und Genehmigung des Restrukturierungsplans	407
§ 105	Umsetzung des Restrukturierungsplans; spätere Überarbeitungen	409
§ 106	Zulassung zum Handel und Einbeziehung in den Handel von neu ausgegebenen Wertpapieren	410
Abschnitt 2 Übertragung von Anteilen, Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Rechtsverhältnissen		
Unterabschnitt 1 Allgemeine Vorschriften		
§ 107	Übertragung	412
§ 108	Mehrfache Anwendung	415
§ 109	Einwilligung des übernehmenden Rechtsträgers	416
§ 110	Auswahl der Übertragungsgegenstände	417
§ 111	Bewertung von Angeboten; Gegenleistung; Ausgleichsverbindlichkeit	420
§ 112	Drittvergleich	422
§ 113	Wirkungen der Abwicklungsanordnung bei Übertragung	423
§ 114	Wirksamwerden der Übertragung	426
§ 115	Eintragung der Übertragung	427
§ 116	Insolvenzantragspflicht; Haftung des übernehmenden Rechtsträgers	429
§ 117	Übertragungsgegenstände, die ausländischem Recht unterliegen	431
§ 118	Erforderliche Erlaubnisse, Zulassungen und Genehmigungen; aufsichtliche Anforderungen; Mitgliedschaft in und Zugang zu Finanzmarktinfrastrukturen	433
§ 119	Inländische Erlaubnis-, Zulassungs- und Genehmigungsverfahren	435
§ 120	Besondere Vorschriften für das Verfahren nach § 2c des Kreditwesengesetzes	437
§ 121	Erlaubnisverfahren in anderen Mitgliedstaaten und Drittstaaten	440
§ 122	Mitwirkung der Abwicklungsbehörde bei Erlaubnis-, Zulassungs- oder Genehmigungsverfahren einer ausländischen Behörde	441
§ 123	Gegenseitige Unterstützung der betroffenen Rechtsträger	443
§ 124	Maßnahmen beim übertragenden Rechtsträger	445
§ 125	Maßnahmen beim übernehmenden Rechtsträger	448

Unterabschnitt 2 Besondere Vorschriften für das Instrument der Unternehmensveräußerung

§ 126	Vermarktungsprozess; Verordnungsermächtigung	452
§ 127	Rückübertragungen	454

Unterabschnitt 3 Besondere Vorschriften für das Instrument der Übertragung auf ein Brückeninstitut

§ 128	Verfassung des Brückeninstituts	457
§ 129	Vermarktung oder Liquidation des Brückeninstituts	460
§ 130	Vermögenslage des Brückeninstituts	462
§ 131	Rück- und Weiterübertragungen	463

Unterabschnitt 4 Besondere Vorschriften für das Instrument der Übertragung auf eine Vermögensverwaltungsgesellschaft

§ 132	Zusätzliche Anwendungsvoraussetzungen; Verordnungsermächtigung	465
§ 133	Verfassung der Vermögensverwaltungsgesellschaft	466
§ 134	Besondere Vorschriften für die Gegenleistung	468
§ 135	Rückübertragung	469

Abschnitt 3 Abwicklungsanordnung; Vorschriften für das Verfahren; Rechtsformwechsel; Inanspruchnahme von Einlagensicherungssystemen; Schutzbestimmungen**Unterabschnitt 1 Bestimmungen für den Erlass einer Abwicklungsanordnung; sonstige Verfahrensvorschriften; Rechtswirkungen**

§ 136	Inhalt der Abwicklungsanordnung	470
§ 137	Erlass und Bekanntgabe der Abwicklungsanordnung	474
§ 138	Mitteilungspflichten bei einer Bestandsgefährdung	476
§ 139	Entscheidung der Abwicklungsbehörde	479
§ 140	Verfahrenspflichten der Abwicklungsbehörde	480
§ 141	Insolvenzfestigkeit von Abwicklungsmaßnahmen, Anfechtbarkeit	482
§ 142	Abzugsmöglichkeit	483
§ 143	Schadensersatzansprüche gegen Organmitglieder und ehemalige Organmitglieder	484
§ 144	Ausschluss bestimmter vertraglicher Bedingungen bei frühzeitigem Eingreifen und bei der Abwicklung	485

Unterabschnitt 2 Inanspruchnahme von Einlagensicherungssystemen

§ 145	Inanspruchnahme von Einlagensicherungssystemen im Rahmen einer Abwicklung	487
-------	---	-----

Unterabschnitt 3 Ausgleichszahlung für benachteiligte Anteilsinhaber, Gläubiger und Einlagensicherungssysteme; Schutzbestimmungen

§ 146	Vergleich mit dem Ausgang eines hypothetischen Insolvenzverfahrens; Verordnungsermächtigung	489
§ 147	Schutzbestimmungen für Anteilsinhaber und Gläubiger	495
§ 148	Schutzbestimmungen für Sozialpläne	496

Unterabschnitt 4 Rechtsformwechsel

§ 149	Anordnung eines Rechtsformwechsels	497
-------	--	-----

Unterabschnitt 5 Rechtsbehelf und Ausschluss anderer Maßnahmen

§ 150	Rechtsschutz	500
§ 151	Unterbrechung von gerichtlichen Verfahren in Zivilsachen	502
§ 152	Haftungsbeschränkung	503

Teil 5 Grenzüberschreitende Gruppenabwicklung und Beziehungen zu Drittstaaten**Kapitel 1 Anerkennung von Maßnahmen der Behörden anderer Mitgliedstaaten**

§ 153	Wirksamkeit von Krisenmanagementmaßnahmen oder Krisenpräventionsmaßnahmen anderer Mitgliedstaaten	504
-------	---	-----

Kapitel 2 Grenzüberschreitende Gruppenabwicklung**Abschnitt 1 Grenzüberschreitende Entscheidungsfindung und Information; Abwicklungskollegien**

§ 154	Allgemeine Grundsätze für Entscheidungsfindungen, an denen eine Behörde oder mehrere Behörden anderer Mitgliedstaaten beteiligt sind	505
§ 155	Zuständigkeit der Abwicklungsbehörde	507
§ 156	Abwicklungskollegium	510
§ 157	Mitglieder des Abwicklungskollegiums und weitere Teilnehmer	512
§ 158	Organisation des Abwicklungskollegiums	514
§ 159	Europäische Abwicklungskollegien	518
§ 160	Informationsaustausch mit Behörden und Ministerien anderer Mitgliedstaaten	520

Abschnitt 2 Gruppenabwicklung im Fall eines Tochterunternehmens, das nicht EU-Mutterunternehmen ist

§ 161	Übermittlung von Informationen über die Abwicklungsvoraussetzungen ...	522
§ 162	Vorgehen, wenn die Abwicklungsbehörde nicht die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde ist	524
§ 163	Vorgehen, wenn die Abwicklungsbehörde die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde ist	526
§ 164	Gruppenabwicklungskonzept	529
§ 165	Unverzügliche Durchführung der Maßnahmen	532

Abschnitt 3 Gruppenabwicklung im Fall eines EU-Mutterunternehmens

§ 166	Gruppenabwicklung im Fall eines EU-Mutterunternehmens	533
-------	---	-----

Kapitel 3 Beziehungen zu Drittstaaten

§ 167	Vereinbarungen mit Drittstaaten	537
§ 168	Zusammenarbeit mit Drittstaatsbehörden	539
§ 169	Anerkennung und Durchsetzung von Drittstaatsabwicklungsverfahren	542
§ 170	Recht auf Verweigerung der Anerkennung oder Durchsetzung von Drittstaatsabwicklungsverfahren	546
§ 171	Abwicklung von inländischen Unionszweigstellen	548

Teil 6	Bußgeldvorschriften	
§ 172	Bußgeldvorschriften	551
§ 173	Zuständige Verwaltungsbehörde	554
§ 174	Vorübergehendes Tätigkeitsverbot; Bekanntmachung von Maßnahmen	555
§ 175	Beteiligung der Abwicklungsbehörde und Mitteilungen in Strafsachen	558
Teil 7	Maßnahmen des Ausschusses	
§ 176	Unterstützung bei Untersuchungen; Zwangsmaßnahmen	560
§ 177	Prüfungen vor Ort nach der SRM-Verordnung	562
§ 178	Vollstreckung der vom Ausschuss verhängten Geldbußen und Zwangsgelder	563
Teil II:	Europäische Bankenunion	
	1. SSM – Einheitlicher Bankenaufsichtsmechanismus	567
	2. SRM – Einheitlicher Bankenabwicklungsmechanismus	585
Stichwortverzeichnis	601